

**DER SPIEGEL 41/2004 - 04. Oktober 2004**URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,321209,00.html>**Militär**

# Hundertfaches Risiko

**Die Bundeswehr verwendete jahrzehntelang radioaktive Leuchtfarbe. Zehntausende Soldaten wurden womöglich verstrahlt.**

Mit allem hatte Richard Grund gerechnet: damit, dass er bei einem Lufttransport abstürzt, oder damit, dass er bei einem Auslandseinsatz umkommt. Doch die Gefahr, da ist sich der Bundeswehr-Oberfeldwebel im Ruhestand heute sicher, lauerte in Wahrheit an anderer Stelle.

"Diese Schalter und Schilder im Cockpit, die haben doch fast alle gestrahlt", sagt der Flugzeugmechanikermeister. Die Instrumente der Maschinen hätten Techniker mit radioaktiver Leuchtfarbe bemalt, damit die Piloten im Dunkeln den Überblick behielten. Und diese Farbe habe seinen Hirntumor entstehen lassen, der seine rechte Gesichtshälfte gelähmt und ihm sein Gehör genommen habe. "In meinem Behindertenausweis ist ein H eingetragen", sagt Grund, 61. "H für hilflos."

Zehntausende seiner Kameraden sind bis heute ahnungslos. Jahrzehntlang nutzte die Bundeswehr radioaktive Leuchtfarbe für die Instrumente und Schalter von Panzern, Schiffen, Gefechtsständen. "Es handelt sich um eine gigantische Strahlenbelastung", sagt der Strahlenmediziner Bernd Ramm von der Berliner Charité. Folge sei ein hundertfach erhöhtes Krebsrisiko.

Die Leuchtfarbe, eine zähflüssige, weiße Masse, enthält das radioaktive Radium 226, dessen Halbwertszeit 1600 Jahre beträgt. Strahlenmediziner Ramm: "Eine Dose Leuchtfarbe hat ungefähr dieselbe Strahlendosis wie ein Bündel Radiumnadeln, das wir vor kurzem in der Klinik entsorgen mussten." Dieses Bündel habe die Klinik wegen der Strahlenschutzvorschriften in einen Tresor stecken müssen, der 15 Zentimeter dicke Wände aus Blei hat - und in einem abgeschlossenen Raum steht. Zur Beförderung habe es dann eines Spezialtransporters bedurft.

Die Bundeswehr aber habe seit ihrer Gründung den strahlenden Stoff recht sorglos benutzt, berichten ehemalige Soldaten. Sie hätten sich die Leuchtfarbe einfach aus Materiallagern holen können, wo sie ohne einen Warnhinweis gestanden habe - als wäre es einfache Wandfarbe.

Besonders gefährlich wurde es, wenn Schalter an Bundeswehrgeräten neu zu streichen waren. In einem Gutachten der Strahlenmessstelle Süd der Bundeswehr wird der Arbeitsablauf beschrieben: "Die alte Farbe wurde abgekratzt beziehungsweise abgeschmirgelt. Alte Reste und Staub wurden weggepusht" - und eingeatmet. Der Leiter der Strahlenmessstelle schrieb einem Opfer im Juli: "Ich finde es erschreckend."

Dabei hatte der Experte vor allem die Strahlenbelastung berücksichtigt, die beim Entfernen und Auftragen der Farbe entstand. Nach einer neuen Studie aber waren auch diejenigen Soldaten in Gefahr, die mit bloßen Händen solche Schalter anfassten - oder ihnen einfach nur, etwa in einem Cockpit, auf engstem Raum sehr nahe kamen.

"Als Ausbilder war ich fast täglich im Cockpit und habe den Rekruten alles erklärt", sagt Flugzeugmechaniker Grund. Die 90 Schalter und Instrumente im Cockpit des Transportflugzeugs "Noratlas" etwa.

Zwölf Jahre lang war Grund Soldat. Mit seinen Kameraden hat er eine "Noratlas" als Museumsstück am Standort Penzing aufgestellt. Nur das Cockpit darf neuerdings niemand

mehr betreten: Nachdem radioaktive Strahlung gemessen wurde, ließ die Bundeswehr es umgehend sperren. "Aber genau dort habe ich doch über Jahre gearbeitet", sagt Grund.

Welchen Strahlungsdosen Soldaten ausgesetzt waren, hat der Physiker Günter Golde von der Charité jetzt untersucht. In einem Gutachten, verfasst im Auftrag von Geschädigten, kommt der Strahlenexperte zu dem Schluss, dass ein Pilot oder ein Mechaniker durch häufiges Anfassen der Schalter in einem Jahr etwa so stark verstrahlt worden sein könnte wie ein Soldat beim einmaligen Auftragen der Farbe.

In solchen Fällen müsse damit gerechnet werden, dass der Betroffene der 273fachen Strahlendosis ausgesetzt gewesen sei, die nach der gegenwärtigen Schutzverordnung einem Normalbürger zugemutet werden darf. "Selbst bei nur einer Malaktion", schreibt der Gutachter, "ergibt sich eine Erkrankungswahrscheinlichkeit für Krebs von fünf Prozent."

Die Bundeswehr bestreitet nicht, dass Radiumleuchtfarbe höchst gefährlich ist. Doch schon seit 1963 hätten deshalb nur noch Spezialfirmen die Farbe auftragen dürfen; bereits drei Jahre später sei angeordnet worden, radiumhaltige Farbe künftig nicht mehr zu verwenden und alle bemalten Instrumente "berührungssicher" abzudecken. 1980 sei dann die Anweisung erfolgt, auch diese Gegenstände "auszusondern und als radioaktiven Abfall zu beseitigen".

Wenn Soldaten gegenteilige Erfahrungen schilderten, müsse es sich um Einzelfälle handeln. Dass etwa noch nach 1980 Einzelteile mit radiumhaltiger Leuchtfarbe in den Depots lagerten, sei freilich in der Bundeswehr "wie in jeder Großorganisation nicht gänzlich auszuschließen".

Allerdings: Das Problem war dem Luftwaffenunterstützungskommando so wichtig, dass es im März 2001 ein Schreiben, "VS - nur für den Dienstgebrauch", verschickte. Darin wird die aktuelle Lage geschildert: "Tatsächlich werden noch immer Radiumleuchtfarbe auf Material und Artikel mit nicht berührungssicher abgedeckter radioaktiver Leuchtfarbe beanstandet." Weiter heißt es: "Wiederholt wurden Artikel aufgefunden, bei denen Radiumleuchtfarbe lediglich überstrichen wurde."

Doch eine groß angelegte Untersuchung hält die Bundeswehr bisher nicht für erforderlich - und auch deshalb sagt der Vorsitzende vom "Bund zur Unterstützung Radargeschädigter", Peter Rasch, dass sich Geschichte wiederhole.

Vor drei Jahren sei es mit den Radarstrahlen ähnlich gewesen: Zunächst streite die Bundeswehr-Führung alles ab, dann gestehe sie einige Probleme ein, um irgendwann einzelne Krankheitsfälle anzuerkennen. Der Radargeschädigten-Bund kämpft seit Jahren um Entschuldigungen und Entschädigungen durch die Bundeswehr. Erst nach massivem Druck setzte der Bundestag eine so genannte Radarkommission ein. Mittlerweile ist unbestritten, dass die militärischen Radargeräte Hunderten Soldaten schwere Schäden zugefügt haben.

Die Berliner Anwaltskanzlei Geulen/ Klinger vertritt knapp tausend Radaropfer. "Was hier auf uns zukommt", meint Jurist Remo Klinger, "hat ganz andere Dimensionen, das sprengt den Rahmen der Radarproblematik bei weitem." Die Bundeswehr müsse sich auf hohe Schadensersatzforderungen einstellen.

Der Radargeschädigten-Bund hat bereits eine Arbeitsgruppe für die Leuchtfarbenproblematik gebildet. Deren Leiter Heinz Dankenbring schätzt, dass "bis zu 50 000 Menschen" in Kontakt mit der gefährlichen Farbe gekommen sein könnten. Auf die Unterstützung der Bundeswehr konnten die ehemaligen Soldaten nach ihren Angaben bisher nicht zählen. "Wir müssen mühsam alle Informationen sammeln", sagt Rasch, "und bis wir sie haben, sind wieder viele gestorben." +

UDO LUDWIG, MARKUS VERBEET

